

Vor den Regional- und Kommunalwahlen 2010

-Politisch-administrative Konstellationen und Charakteristika des peruanischen Wahlsystems-

von **Joachim Schenk***

Politisch-administrative Konstellationen

Wahlämter

Die wahlberechtigte Bevölkerung Perus wählt am Sonntag, den 3. Oktober erneut ihre politischen Repräsentanten auf Regional-, Provinz- und Distriktebene, die ihre Ämter zum 1. Januar 2011 für die kommenden 4 Jahre antreten werden.

Gemäß der Verwaltungsgliederung, die sich aus 24 Regionen (*departamentos*), einer Provinz (Callao) mit regionalem Sonderstatus (*provincia constitucional*), 195 originären Provinzen (*provincias*) und 1.639 Distrikten (*distritos*) unterhalb der zentralstaatlichen Ebene zusammensetzt, werden demnach folgende politische Ämter vergeben:

- 25 Regionalpräsidenten (*Presidentes regionales*)
- 25 Vizepräsidenten (*Vicepresidentes regionales*)
- 228 Regionalräte (*Consejeros regionales*)
- 195 Provinzbürgermeister (*Alcaldes provinciales*)
- 1.717 Provinzräte (*Regidores provinciales*)
- 1.639 Distriktbürgermeister (*Alcaldes distritales*)
- 8.655 Distrikträte (*Regidores distritales*)

Referendum FONAVI (*Fondo Nacional de Vivienda*)

Am Wahltag wird zudem auf nationaler Ebene über die Billigung oder Ablehnung des „Gesetzesentwurfs für die Rückzahlung der in den FONAVI-Fonds eingezahlten Gelder an die Arbeiter, die in den selben eingezahlt haben“ (*Proyecto de Ley de Devolución de Dinero del FONAVI a los Trabajadores que contribuyeron al mismo*) entschieden. Der nationale Wohnungsfonds wurde 1979 mit der Absicht eingerichtet, die Notwendigkeit von Arbeiterwohnungen zu finanzieren. Die damaligen Regierungen erbrachten jedoch zu keiner Zeit diese Leistungen, sondern verwendeten die Einnahmen zweckentfremdet für den Bau von bspw. Schulen oder Straßen. Im Jahr 1998 wurde der Fonds schließlich geschlossen und man verbot dem Staat das freie Verfügen über den erzielten Betrag, der durch eine Arbeitersteuer realisiert wurde. Den aktuellen Gesetzesentwurf brachte wiederum die Vereinigung der *Fonavistas* hervor und sie verfolgt damit das Ziel, dass die gezahlten Beiträge aus dem Zeitraum Juni 1979 bis August 1998 den Arbeitern vollständig zurückerstattet werden. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos Apoyo Mitte September 2010, sprachen sich 71% der befragten Bürger (Stichprobengröße: 1.933 Personen) für die Genehmigung der Rückzahlungen aus. Kritisiert wird von anderer Stelle das Vorhaben aufgrund der Problematik einer genauen Nachprüfung der Einzahlungsbeträge eines jeden Arbeiters, sowie hinsichtlich der enormen Ausgabenlast, die der peruanische Staatshaushalt stemmen müsste.

* Praktikant der Konrad Adenauer Stiftung und Student des Masterstudienganges der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin

Wahllisten

Mitte August 2010 wurde vom peruanischen Wahltribunal (JNE) die Zahl der aktuell zugelassenen Listen verkündet: Insgesamt 11.545 werden zu diesem Zeitpunkt an den kommenden Regional-, Provinz- und Distriktwahlen teilnehmen. Des Weiteren wird die Zulassung von 2.034 Listen gegenwärtig noch überprüft, während 591 Listen definitiv als rechtswidrig gestrichen wurden. Unter den zu prüfenden Listen finden sich 1.165 in einem Berufungsverfahren bezüglich Fällen von Kandidatenstreichungen und anderen Rechtswidrigkeiten, die durch die speziellen Wahlgerichte JEE (*Jurados Electorales Especiales*) in erster Instanz beanstandet wurden und abschließend rechtskräftig vom JNE entschieden werden müssen. Die über das gesamte Land verteilten 91 speziellen Wahlgerichte hatten zuvor 14.170 Anträge zur Wahlanmeldung erhalten, wovon bis jetzt, wie erwähnt, 11.545 Listen (81,47% der Gesamtanträge) zugelassen wurden. Die Ziffer liegt momentan noch unter den bisherigen 13.041 Listen aus dem Jahr 2006, jedoch bereits deutlich unter den 15.134 Listen der Regional- und Kommunalwahlen von 2002. Ausgehend von der Anzahl der ungefilterten Anträge zu Beginn der Wahlanmeldung ist der Listenbestand auf Regionalebene gegenüber 222 (2002) und 225 (2006) auf 337 (vorläufig 2010) deutlich angestiegen. Dies gilt auch für die Listen auf der Provinzebene mit 1.889 (vorläufig 2010) im Vergleich zu 1.654 (2006) und 1.768 (2002). Die Distriktlisten befinden sich mit 12.044 (vorläufig 2010) gegenwärtig in der Mitte zwischen 11.662 (2006) und der bisherigen höchsten Ziffer von 13.144 (2002).



Wahlplakate an der Kreuzung Avenida Guardia Civil / Avenida del Parque Norte, San Borja, Lima

Politische Parteien, regionale Bewegungen und lokale Organisationen

Nach einer umfassenden „Entwurzelung“ des traditionellen Parteiensystems Ende der 1980er Jahre haben sich einige klassische Parteien, mit dem Niedergang des Fujimori-Regimes 2001, in der politischen Landschaft wieder halbwegs etabliert. Hierzu zählen vor allem die 1930 in Peru gegründete Regierungspartei des gegenwärtigen Präsidenten Alan Garcia, APRA (*Alianza Popular Revolucionaria Americana – Partido Aprista Peruano*), die 1956 gegründete Partei des ehemaligen Präsidenten Fernando Belaúnde Terry, *Acción Popular*, sowie die 1966 gegründete Partei der ehemaligen Präsidentschafts- und aktuellen limenischen Bürgermeisteramtskandidatin Lourdes Flores Nano, PPC (*Partido Popular Cristiano*). Des Weiteren entstanden die übrigen relevanten Parteien allesamt in den 1990er Jahren bzw. zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ebenfalls für die Regional- und Kommunalwahlen 2010 zu erwähnen sind insbesondere die Parteien des ehemaligen, jetzt inhaftierten, Präsidenten Alberto Fujimori, *Cambio 90* (1990), *Nueva Mayoría* (1992), *Si Cumple* (1998), die zu den

nationalen Parlamentswahlen 2006 das Wahlbündnis *Alianza por el Futuro* bildeten, sowie die neue Partei unter der Direktion seine Tochter Keiko, *Fuerza 2011* (2009). Ferner schlossen sich die Partei der PNP (*Partido Nacionalista Peruano*/2005) des ehemaligen Oberstleutnant der peruanischen Armee, Ollanta Humala und die UPP (*Union por el Perú*/1994) des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Union, sowie Premier- und Außenminister in der Paniagua-Übergangsregierung, Javier Pérez de Cuéllar kurzzeitig zu einem Wahlbündnis unter letzterem Parteinamen für dieselben Wahlen zusammen. Weitere nennenswerte parteipolitische Akteure sind die PSN (*Partido Solidaridad Nacional*/1999) des limenischen Bürgermeisters und aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten Luis Castañeda Lossio, die im peruanischen Kongress das Wahlbündnis *Unidad Nacional* mit der PPC eingegangen ist. Mitglied dieses Parteienzusammenschlusses war bis 2006 ebenfalls die PRN (*Partido Renovación Nacional*/1992) des vor kurzen zurückgetretenen Verteidigungsministers Rafael Rey. Schließlich besitzt die Partei *Perú Posible* (1994) des ehemaligen Präsidenten Alejandro Toledo einen nachhaltigen Bekanntheitsgrad und bildet im Parlament ebenfalls aktuell eine Allianz mit den Parteien der erwähnten *Acción Popular*, *Somos Perú* (1997) des ehemaligen limenischen Bürgermeisters Alberto Andrade und *Restauración Nacional* (2005) des evangelischen Pastors Humberto Lay.

Insgesamt erteilte das peruanische Wahltribunal (JNE) bis zum 9. Juni 2010 25 Parteien die Erlaubnis, an den bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen teilzunehmen. Sie stellen allerdings nur einen kleinen Bestandteil der Gesamtanzahl aller politischen Gruppierungen dar. Zusätzlich wurden 228 regionale Bewegungen, 21 Provinzorganisationen, 126 Distriktorganisationen und 2 Wahlallianzen genehmigt. Außerdem stellten weitere 8 Parteien, 79 regionale Bewegungen, 83 Provinzorganisationen, 390 Distriktorganisationen und 21 Wahlallianzen bis zu diesem Zeitpunkt einen Antrag auf Zulassung zu den Wahlen.

Die APRA ist hinsichtlich ihrer Listenplätze besonders hervorzuheben, da sie auf allen Regierungsebenen die meisten Bewerbungen (Stand: 9.Juli 2010) für die jeweiligen politischen Ämter auf sich vereinigt. Für die Wahlen 2010 sind dies insgesamt 1.366 Listen (24 Regional-, 164 Provinz- und 1.178 Distriktlisten). Allerdings nahm die Anzahl gegenüber den Wahlen 2006 mit 1.700 (25 Regional-, 184 Provinz- und 1.491 Distriktlisten) sowie den Wahlen 2002 mit 1.659 (23 Regional-, 179 Provinz- und 1.457 Distriktlisten) spürbar ab. Auf den Plätzen folgen diesmal die aufstrebende *Alianza para el Progreso* mit 934 Listen (335 (2006), 190 (2002)) und die zunehmend schwindende *Partido Acción Popular* mit 711 Listen (797 (2006), 1.277 (2002)). Die Partei *Union por el Perú* fiel nach einem Aufschwung in den Wahlen 2006 (1035 Listen) gegenüber der vorherigen Wahlen 2002 (526 Listen) wiederum deutlich ab. Einen weitaus stärkeren Einschnitt erlebten die ehemals stark vertretenden Parteien *Somos Perú* (von 1020 (2002) auf 460 (2006) Listen), *Movimiento Nueva Izquierda* (von 617 (2002) auf 149 (2006) Listen) sowie die Wahlallianz *Unidad Nacional* (von 1352 (2002) auf 393 (2006) Listen). Jedoch verblassen diese Veränderung im Angesicht des Niederganges der Partei *Perú Posible* nach der Legislaturperiode des Parteigründers und Regierungspräsidenten Alejandro Toledo. Seine Partei büßte im Vergleich zu den Wahlen von 2002 während seiner Amtszeit (1695 Listen) nahezu 90% seiner Listenplätze in den Wahlen 2006 (196) ein. Die Listenanzahl aller zuletzt genannten Parteien bzw. Wahlallianzen stagniert im Allgemeinen für die kommenden Regional- und Kommunalwahlen 2010.

Die parteispezifische Verteilung der regionalen und kommunalen Führungspositionen der vergangenen beiden Wahlen stellt sich wie folgt dar: Im Jahre 2002 konnte die APRA 12 von 25 Regionalpräsidenten mit ihren Kandidaten besetzen. Die restlichen Ämter teilten sich einzelne Parteien und regionale Bewegungen untereinander auf. 4

Jahre später schließlich war die Vorherrschaft der neuen Regierungspartei gebrochen, was auf eine Abstrafung durch die Wählerschaft hindeutete. Gerade einmal 2 Präsidenschaften blieben der APRA in der neuen Legislaturperiode erhalten. Insgesamt 20 der 25 Ämter wurden an regionale Bewegungen vergeben.

Von den 195 Posten des Provinzbürgermeisters entfielen 2002 eine relative Mehrheit von 34 auf die APRA. Dahinter folgte die Partei *Somos Perú* mit 19 gewonnenen Plätzen, sowie *Perú Posible* (12), *Unidad Nacional* (12), und *Acción Popular* (11) mit niedrigen zweistelligen Ergebnissen. Bereits 2002 nahmen regionale Bewegungen und lokale Organisationen 45% (86) der Bürgermeisterämter auf Provinzebene in ihren Anspruch. Nach den Wahlen 2006 verlor die APRA die Hälfte ihrer Ämter auf Provinzebene und stellte somit nur noch 17 Bürgermeister. Auf den Plätzen folgten *Unión por el Perú* (14), *Partido Nacionalista Peruano* (10) und *Acción Popular* (9). Die Zugehörigkeit der gewählten Kandidaten setzte sich aus 45% (88) politischen Parteien, 38% (74) regionalen Bewegungen, 9% (18) Wahlallianzen und 8% (15) lokalen Organisationen zusammen, womit die prozentualen Verhältnisse der politischen Gruppierungen zu den Wahlen 2002 gewahrt blieben.

Die Führungspositionen auf Distriktebene wurden im Jahr 2002 wiederum von der APRA angeführt. Sie verfügte insgesamt über 204 Distriktbürgermeister in ihren Reihen. Damit wurde die zu dieser Zeit amtierende Regierungspartei *Perú Posible* (194) nur um 10 Plätze geschlagen. Dahinter folgten *Somos Perú* (144), *Unidad Nacional* (141) und *Acción Popular* (106) auf den nächsten Rängen. Die politischen Zusammenschlüsse auf regionaler und lokaler Ebene erreichten, wie schon auf Provinzebene, knapp die Hälfte der zu vergebenden Ämter. Eine Ablösung der APRA als führende Kraft in den Distrikten fand auch im Jahr 2006 nicht statt. Sie stellte 231 Bürgermeister und grenzte sich damit deutlich von ihren Konkurrenten *Unión por el Perú* (122) und *Acción Popular* (102) ab. Die politischen Parteien vereinnahmten insgesamt 51% (839) der Posten, die regionalen Bewegungen 29% (463), die Wahlallianzen 10% (155), und die lokalen Organisationen 10% (158).

Charakteristika des peruanischen Wahlsystems:

Wahlberechtigung

Der Berechtigung zur Teilnahme an nationalen Wahlen liegt folgende zentrale Bedingung nach peruanischem Recht zugrunde: „*Wahlberechtigt sind die Peruaner, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Zur Ausübung des Wahlrechts muss man im Wählerverzeichnis eingetragen und im Besitz seiner Bürgerrechte sein.*“

Voraussetzung ist dementsprechend der Besitz eines DNI (*Documento Nacional de Identidad*), welches eine Person als registrierten peruanischen Staatsbürger ausweist. Das peruanische Wahltribunal (JNE) hat für die kommenden Regional- und Kommunalwahlen 2010 insgesamt 19.595.300 stimmberechtigte Peruaner ermittelt. Davon halten sich 18.878.337 wahlberechtigte Personen innerhalb peruanischen Territoriums auf, ein Anstieg um 13,76% gegenüber den Wahlen von 2006, und 716.963 Staatsbürger besitzen einen ausländischen Aufenthaltsort. Des Weiteren unterteilt sich die Wählerschaft in 9.830.538 (50,17%) Frauen und 9.764.762 (49,83%) Männer. Die Wahlbevölkerung im Inland teilt sich nach Alterskohorten wie folgt auf: Wahlberechtigte unter 20 Jahren (ca. 931.000/4,63%), von 20-44 Jahren (ca. 11.428.000 / 60,53%), von 45-59 Jahren (ca. 3.899.000/20,66%) und über 60 Jahren (2.620.000 / 13,88%).

Nach Berechnungen von INEI (*Instituto Nacional de Estadística e Informática*), dem nationalen Institut für Statistiken und elektronische Datenverarbeitung, lebten im Jahr 2009 in Peru 564.487 Peruaner ohne DNI und demnach auch ohne Stimmrecht im Wahlprozess. Diese Anzahl entspricht ca. 3% der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren.

Die Regionen der peruanischen Regenwaldzone (*Selva*) enthalten prozentual die meisten Einwohner ohne DNI; bezüglich der Rangfolge die Regionen Amazonas (9,4%), Loreto (8,7%), Ucayali (6,8%), San Martín (6,3%) und Madre de Dios (6,2%). Im Vergleich dazu leben in der Hauptstadt Lima zwar mit Abstand die größte Anzahl an nicht-registrierten Einwohnern (92.764), jedoch liegt der Prozentanteil gerade einmal bei 1,7% der Stadtbevölkerung. Generell besitzen die südlichen Küstenregionen (Moquegua, Tacna, Ica und Arequipa) den geringsten Prozentsatz an Einwohnern ohne DNI (1,1-2,0%), zusammen mit Lima und Callao.

Vor den Wahlen hat RENIEC (*Registro Nacional de Identificación y Estado Civil*), die peruanische Institution zur Verwaltung des Personenstandsregisters, eine Prüfung von Unregelmäßigkeiten in der Häufigkeit von Wohnortswechseln in insgesamt 61 Distrikten des Landes durchgeführt. Infolgedessen wurden 4.142 Bürger registriert, deren Wohnsitz mit dem Ort der Stimmabgabe nicht übereinstimmten. Dieser Sachverhalt deutet generell auf die Existenz einer „Schwalben-Wählerstimme“ (*Voto Golondrino*) hin. Diese Kategorie von Wählern wandert vor einer Wahl von einem Wahlkreis in einen anderen, um den dortigen Kandidaten zu unterstützen, ohne jedoch einen aktuellen Wohnsitz vor Ort zu haben. Diese Betrugsfälle der illegalen Unterstützung von bestimmten Kandidaten wurden in der Vergangenheit des Öfteren beobachtet. Letztendlich strich RENIEC für die anstehenden Wahlen 4.003 Bürger aus ihrem Wahlverzeichnis, deren Wohnsitz bzw. Anschrift nicht existierte, sowie weitere 110 Bürger, die während der Steuerprüfung verstarben. Am 6. Juni 2010 wurden schließlich die endgültigen Wählerlisten (*Padrón Electoral*) festgelegt.

Wahlpflicht und Sanktionen

Peru verfügt über eine allgemeine Wahlpflicht, d.h. eine gesetzliche Norm, die die Teilnahme an einer Wahl für den peruanischen Staatsbürger vorschreibt. Nach peruanischem Wahlrecht gilt ab dem 18. und bis zum 70. Lebensjahr Wahlpflicht (obligatorisches Stimmrecht), wobei es mit dem Überschreiten der letzteren Altersgrenze jedem Bürger frei steht, sich an der Wahl zu beteiligen (fakultatives Stimmrecht).

Staatsbürger, die ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, werden mit einem Ordnungsgeld sanktioniert. Hierbei wird die Höhe der Geldstrafe nach dem Armutsniveau des Distriktes, in dem der Wähler gemäß DNI angemeldet ist, gestaffelt. Diese Unterteilung orientiert sich am peruanischen *Unidad Impositiva Tributaria* (UIT) (=Allgemeine Grundeinheit für Steuerabgaben), welches für jedes Jahr neu ermittelt wird und im Jahr 2010 einen Betrag von 3.600 Soles umfasst. Demnach müssen peruanische Staatsbürger aus „Nicht armen“ Distrikten 2% des gültigen UIT (72 Soles) als Ordnungsgeld aufbringen, aus „Nicht extrem armen“ Distrikten 1% (36 Soles) und aus „Extrem armen“ Distrikten 0,5% (18 Soles). Falls ein Bürger jedoch vor der Wahl als Wahlhelfer ausgewählt wurde, so kostet ihn das Fehlen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlprozedur 5% des gültigen UIT (180 Soles). Das Ordnungsgeld muss in den inländischen Nationalbanken oder den ausländischen Konsulaten beglichen werden.

Die Notwendigkeit einer Wahlpflicht wird in regelmäßigen Abständen im peruanischen Kongress kontrovers debattiert. Kritiker sehen die Wahlpflicht zum einen als überholtes Konzept einer „autoritären Demokratie“. Die Wahl ist für sie ein Recht und keine Pflicht. Peru würde demnach mit der Wahlpflicht lediglich seine politische Rückständigkeit unter Beweis stellen. Diese Sichtweise wurde vor allem von den Befürwortern der Kampagne um den Wahlboykott (*voto en blanco*) zu Zeiten der demokratiefeindlichen Ära unter Alberto Fujimori in den 1990er Jahren vertreten. Die Gegner indes verwiesen auf die Gefahren für die demokratische Entwicklung, sollten die ungültigen Stimmen mehr als 66% erreichen. Dann nämlich würden die Wahlen laut peruanischer Verfassung für ungültig erklärt und es entstünde ein für die Demokratisierung des Landes

gefährliches Vakuum, da in diesem Fall das weitere Prozedere auch nach der Verfassung völlig ungenügend geregelt ist. Generell soll eine Wahlpflicht jedoch dem öffentlichen Desinteresse an Politik sowie seinen Folgen entgegenwirken und wird zudem als demokratische Pflicht eines jeden Staatsbürgers postuliert.

Besondere Wählergruppen

Neben der erwähnten Wahlpflicht existiert in Peru ebenfalls ein gesondertes Wahlrecht für Personengruppen, die jenseits des wahlberechtigten Alters spezielle Anforderungen erfüllen. Demnach erfolgt eine Herabsetzung des Wahlmindestalters für alle, die bereits vor ihrem 18. Lebensjahr geheiratet oder einen Hochschulabschluss erworben haben. Gemäß dem Wahlregister des peruanischen Wahltribunals JNE erhalten somit fast 100 minderjährige Peruaner ein Stimmrecht für die kommenden Regional- und Kommunalwahlen.

Eine weitere spezielle Wählergruppe stellen Ausländer dar, die das 18. Lebensjahr erreicht haben und deren Wohnsitz sich seit mindestens 3 Jahren in Peru befindet. Falls diese Voraussetzungen erfüllt werden, erhält die Person mit peruanischem Aufenthaltsort nach gültigem Gesetz das aktive Wahlrecht. Das passive Wahlrecht hingegen ist den Bürgern Perus nach 5 Jahren Aufenthalt vorbehalten. Diesbezüglich hat das peruanische Nationalbüro für Wahlprozesse (ONPE) insgesamt 23 ausländische Personen berechtigt, an den kommenden Regional- und Kommunalwahlen teilzunehmen.

Zum zweiten Mal dürfen Angehörige des Militärs und der Polizei nach 2006 an einer Regional- und Kommunalwahl teilnehmen. Dieses Recht wurde ihnen erstmals im Jahr 2005 verliehen, wobei ihnen jedoch weiterhin untersagt bleibt, für ein Amt zu kandidieren, an Parteikampagnen oder Demonstrationen teilzunehmen, solange sie noch aktiv ihren Dienst verüben. Nach Informationen des peruanischen Nationalbüros für Wahlprozesse (ONPE) besitzen 166.335 Mitglieder der Polizei und des Militärs ein Stimmrecht für die kommenden Wahlen. Diese Gruppe von Wahlberechtigten setzt sich aus 31.782 Heeres-, 22.936 Marine- und 11.008 Luftwaffensoldaten, sowie 100.519 Polizisten zusammen.

Quotenregelung

Das peruanische Wahlrecht sieht für Regional- und Kommunalwahlen drei spezifische Quotenregelungen vor. Eine Liste muss daher folgende Voraussetzungen einhalten:

- 1) Jedes Geschlecht darf nicht weniger als 30 % der verfügbaren Listenplätze besetzen
- 2) Es müssen mindestens 20 % der Listenplätze an junge Erwachsene unter 29 Jahren vergeben werden
- 3) Der Anteil an indigenen Kandidaten darf 15 % nicht unterschreiten

Diese Regelungen auf Regional- und Kommunalebene spiegeln sich ebenfalls in den Wahlen des nationalen peruanischen Kongresses wieder. Hinsichtlich des Frauenanteils im peruanischen Einkammer-Parlament wurde mit einer Quote von 25% (1997) begonnen, um sie dann auf 30% (2001) anzuheben. Im Vergleich zum peruanischen Wahlrecht kennzeichnet bspw. sein deutsches Pendant keine flächendeckend festgelegte Quotenregelung. Vielmehr existieren in der Bundesrepublik individuelle innerparteiliche Frauenquoten und Zielsetzungen, die von 33% Frauenanteil in der CDU bis zu 50% der Ämterbesetzung in den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke variieren. Beachtet man jedoch die geschlechtsspezifische Besetzung der politischen Führungsämter in Peru, so bleiben diese von der Quotenregelung unberührt. Nach dem Prinzip der geschlossenen Liste wird die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste durch die Partei festgelegt und entzieht sich somit dem Einfluss der Quote und des Wählers.

Im Hinblick auf die Besetzung von politischen Führungspositionen durch Frauen weisen sowohl Regional- als auch Kommunalregierungen ein unverändertes Defizit auf. Waren in der Legislaturperiode 2003-2006 noch 3 der 25 Regionalpräsidenten weiblich (in Huanuco, Moquegua und Tumbes), so befand sich während der anschließenden Amtszeit 2007-2010 keine Frau mehr unter den höchsten regionalen Repräsentanten. Eine wesentliche Änderung dieses Zustandes erscheint mit einem Blick auf die Kandidatenlisten für die Wahlen im Oktober als nicht sehr wahrscheinlich. Folglich sind unter den 334 Kandidaten der 25 Regionalpräsidentschaften gegenwärtig 19 Frauen, dies entspricht einem Anteil von 5,7%. Hierbei ist zu erwähnen, dass 10 der 25 Regionen keine weibliche Kandidatin aufführen und nur 3 Regionen mehr als eine. Eine Ausnahme bildet erneut die Region Huanuco mit einem Frauenanteil von 30%. Das Defizit an Kandidatinnen bleibt auch auf der Provinz- und Distriktebene bestehen. In den beiden vorangegangenen Amtsperioden waren unter 195 Positionen lediglich 5 (2,6%) bzw. 4 (2,1%) weibliche Provinzbürgermeister zu verzeichnen. 123 Frauen von insgesamt 1.889 Kandidaten (6,5 %) stellen sich dieses Jahr zur Wahl auf Provinzebene, und 830 Frauen von insgesamt 11.892 Kandidaten (7,0 %) werden sich auf das Amt eines Distriktsbürgermeisters bewerben.

Die „Jugendquote“ als zweite verpflichtende Regelung erzielte bis jetzt ebenfalls einen mäßigen Erfolg. Wurden in den Regional- und Kommunalwahlen 2002 noch 939 Kandidaten unter 29 Jahren gewählt, so stieg deren Anzahl im Jahre 2006, mit Einführung der Quotenregelung von 20% der Listenplätze, auf 1.879. Jedoch fanden sich unter den Führungspositionen nur ein Regionalpräsident und 44 Provinz- und Distriktsbürgermeister. Hinzu kamen 25 Regionalräte und Vizepräsidenten, sowie eine überwiegende Mehrheit von 1.809 Provinz- und Distrikträten. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die neue Rekordzahl von 23.705 Kandidaten unter 29 Jahren für die bevorstehenden Wahlen am 3. Oktober deren Präsenz in den führenden Ämtern auf Regional-, Provinz- und Distriktebene erhöhen kann.

Die Quotenregelung für indigene Kandidaten ist auf insgesamt 11 Regionen und 29 Provinzen begrenzt, welche einen relevanten indigenen Bevölkerungsanteil besitzen. In Bezugnahme auf die Regional- und Kommunalwahlen 2006 kandidierten 155 Peruaner indigener Herkunft zur Wahl eines Regionalrates und 157 als Ersatzkandidaten desselben Amtes, wobei letztendlich 12 von 102 möglichen Ämtern (11,8%) von ihnen besetzt wurden. Hinsichtlich der Provinzwahlen kandidierten 450 indigene Staatsbürger, jedoch erreichten nur 14 ein Amt als Regionalrat von insgesamt 261 verfügbaren Sitzen (5,4%).

Wiederwahl

Generell steht Peru dem Prinzip der direkten Wiederwahl in ein politisches Amt sehr kritisch gegenüber. Die rechtlichen Vorkehrungen nehmen allerdings proportional mit der Rangfolge der politischen Ebenen ab. Demnach ist es Staatspräsidenten gänzlich untersagt, ihr Amt in zwei aufeinanderfolgenden Regierungsperioden auszuführen. Alberto Fujimori diente hierbei als unrühmliche Ausnahme, wobei seine erste Wiederwahl 1995 aus seinem zuvor initiierten „Selbstputsch“ (*autogolpe*) und der anschließenden Verfassungsänderung 1993 resultierte. Das „Gesetz der authentischen Interpretation“ von 1997 öffnete ihm den legalen Weg für eine dritte Amtszeit im Jahre 2000, obwohl die Verfassungsmäßigkeit dieses Schrittes, durch den Widerspruch zur eigenen Verfassung von 1993, stark angezweifelt wurde. Peru hat sich damit gegen seine „Anti-Wiederwahl-Tradition“ gestellt. Im Gefolge der Implosion des Fujimori-Regimes wurde die Möglichkeit der *reelección inmediata* auf dem Wege einer Verfassungsänderung allerdings wieder abgeschafft. Die übrigen demokratisch gewählten Präsidenten achteten die Rechtsvorgaben der Verfassung und kandidierten erst mit einer legitimen Unterbrechung (erfolgreich) für eine zweite Amtsperiode (s. Belaunde, Garcia und gegenwärtig Toledo).

Auf Minister- bzw. Kongressebene werden diese Restriktionen gelockert. Falls amtierende Minister für die kommenden Kongress- und Präsidentschaftswahlen kandidieren möchten, sind sie dazu verpflichtet, mindestens 6 Monate vor der entsprechenden Wahl ihren Rücktritt aus dem Kabinett zu erklären. Dies ereignete sich vor kurzem in ausgiebiger Form im Regierungskabinett von Alan Garcia. Insgesamt 8 Minister verließen ihren Posten, unter ihnen Premierminister Javier Velásquez, sowie die Finanz- und Wirtschaftsministerin Mercedes Aráoz, die als mögliche Präsidentschaftskandidaten für das kommende Jahr gehandelt werden.

Betrachtet man nun die nächstfolgende Regionalebene, verkürzt sich dieser Zeitraum als Voraussetzung zur Wiederwahl. Demnach ist es Regionalpräsidenten generell gestattet für ihr Amt direkt wiedergewählt zu werden, wenn sie 120 Tage vor der Wahl unbezahlten Sonderurlaub nehmen. Diese Regelung, wie auch auf Ministerebene, wird mit der Befürchtung gerechtfertigt, dass amtierende Kandidaten durch ihren Posten einen Wettbewerbsvorteil erzielen könnten. Insbesondere durch bspw. die Verteilung von Wahlkampfgeschenken oder der Errichtung von Bauwerken, bezahlt aus dem eigenen Regionalhaushalt. Bis zur Frist, dem 6. Juni 2010, hatten sich 14 der 25 Regionalpräsidenten dazu entschieden, ihren Sonderurlaub anzutreten und ihre Geschäfte an den jeweiligen Vizepräsidenten abgetreten. Mittlerweile sind jedoch wieder 3 Kandidaten (Cajamarca, Ica und Tacna) auf ihren Posten zurückgekehrt. Diesen Schritt begründeten sie einvernehmlich mit dem ausufernden Fehlverhalten ihrer Stellvertreter, sodass sie gezwungenermaßen die Pläne einer direkten Wiederwahl begraben mussten.

Auf der Kommunalebene schließlich unterliegen Provinz- sowie Distriktbürgermeister keinen Beschränkungen für eine direkte Wiederwahl. Jedoch sind auch sie dazu verpflichtet, die Privilegien ihres Postens nicht offensichtlich für Wahlkampfw Zwecke einzusetzen. Dies gilt bezüglich des Gesetzes der staatlichen Werbung sowohl für die Einweihung als auch die persönliche Namensgebung von Bauwerken. Beispielhaft werden die Provinzen Lima und die Region Puno angeführt, um generelle Aussagen über das Wiederwahlverhalten der Bürgermeister auf Distriktebene schließen zu können. Ende Juni 2010 hatten 35 von 42 amtierenden Distriktbürgermeistern (83,3%) in der Provinz Lima die Absicht geäußert, an den kommenden Wahlen teilzunehmen. In der letzten Kommunalwahl im Jahr 2006 realisierten 38 Amtsinhaber ihre Kandidatur an einer Wiederwahl, welches allerdings nur 17 erreichten. Des Weiteren hält der Bürgermeister des Distrikts Lurigancho-Chosica den Rekord in Legislaturperioden, da er mittlerweile seit 1992 bereits zum sechsten Mal für eine neue Amtszeit kandidiert. Dahinter folgen der Bürgermeister von Los Olivos mit der fünften und sein Pendant aus Chorrillos mit der vierten Kandidatur. Die Region Puno spiegelt ein ähnliches Bild wieder. Bis Anfang Juli 2010 hatten 6 von 13 Provinzbürgermeistern und 35 von 96 (36,4%) Distriktbürgermeistern dem Versuch einer direkten Wiederwahl zugestimmt. Zieht man die generellen Statistiken für die Regional- und Kommunalwahlen 2006 als Vergleichsgröße heran, so ergibt sich folgendes Bild: Demnach wurden auf regionaler Ebene 12 Amtsinhaber von insgesamt 278 zu vergebenden Positionen (4%) wiedergewählt, explizit 2 Regionalpräsidenten, ein Vizepräsident und 9 Regionalräte. Die kommunale Ebene lieferte vor 4 Jahren ein geringfügig abweichendes Resultat: Die Wahl präsentierte 1.052 wiedergewählte Amtsträger von insgesamt 12.058 zu vergebenden Positionen (9%). Diese Anzahl teilte sich auf in 26 Provinz- und 359 Distriktbürgermeister, sowie 115 Provinz- und 552 Distrikträte. Erwähnenswert ist hierbei der statistische „Ausreißer“ der Distriktbürgermeister, deren wiedergewählte Amtsträger 22% der möglichen Plätze ausmachten. Wie zuvor bereits angeführt, weist die Provinz Lima (und Callao) eine vergleichsweise hohe Wiederwahlquote auf. Diese These wird von den Statistiken von 2006 gestützt, wonach insgesamt 134 von 546 Ämter (25%) auf Provinz- und Distriktebene an Kandidaten vergeben wurden, die bereits mindestens einmal direkt zuvor diese Position ausübten.

Stichwahl

Bis Ende Dezember 2009 existierte im peruanischen Wahlrecht nur ein Anwendungsbereich einer Stichwahl. Diese erfolgte dann, wenn bei Präsidentschaftswahlen nach der ersten Auszählung kein Kandidat mindestens 50% der Stimmen auf sich vereinigte. Jedoch beschloss Ende vergangenen Jahres der peruanische Kongress eine Änderung in der Wahlprozedur und erweiterte den Gebrauch dieser Methode auf die Wahl der Regionalpräsidenten. Nun ist eine Stichwahl unter den beiden, nach dem ersten Wahlgang, führenden Präsidentschaftskandidaten auf Regionalebene verpflichtend, falls keiner von ihnen mindestens 30% der gültigen Stimmen erwirbt. In diesem zweiten Durchgang gilt schließlich eine einfache Mehrheit als ausreichend. Des Weiteren muss die Stichwahl spätestens 30 Tage nach der ersten Wahlrunde abgehalten werden. Begründet wurde die Umstellung des Wahlsystems mit einem Anstieg der Repräsentativität der gewählten Amtsträger. In den vergangenen Regionalwahlen im Jahre 2006 beispielsweise gewann der Kandidat der Provinz Lima die Wahl mit gerade einmal 20% und sein Amtskollege in der Region Puno sogar mit nur 18% der Gesamtstimmen. Kritiker verweisen hingegen auf die immensen Kosten einer erneuten Wahl, die Missachtung des Gleichheitsprinzips in Bezug auf die unveränderten Provinz- und Distriktwahlen, sowie auf Zweifel hinsichtlich eines Anstieges demokratischer Legitimität. Greift man erneut auf die Regionalwahl vor 4 Jahren zurück, so müssten demnach über die Hälfte aller Regionen (13 von 25) einen zweiten Wahlgang durchführen. Zudem wies die Leiterin des peruanischen Nationalbüros für Wahlprozesse (ONPE), Magdalena Chu, darauf hin, dass das Abhalten möglicher Stichwahlen in Gefahr sei, wenn nicht ein entsprechendes Gesetzesvorhaben verabschiedet würde, welches zusätzliches Personal, Material sowie die benötigten Dienstleistungen gewährleistet.

Quellenangaben

Die Informationen wurden ausschließlich aus folgenden Quellen zusammengetragen:

Jurado Nacional de Elecciones (JNE): <http://www.jne.gob.pe/>

Oficina Nacional de Procesos Electorales (ONPE): <http://www.onpe.gob.pe/>

Politika-Blog von Fernando Tuesta Soldevilla: <http://blog.pucp.edu.pe/fernandotuesta/>

Wahlportal Peru: <http://www.eleccionesenperu.com/>

Instituto Nacional de Estadística e Informática (INEI): <http://www.inei.gob.pe/>

Tageszeitung El Comercio: <http://elcomercio.pe/>

Tageszeitung La República: <http://www.larepublica.pe/>

Anhang

Im Anhang befinden sich Informationsbeilagen des peruanischen Nationalbüros für Wahlprozesse (ONPE), deren Inhalte zum einen die Stimmenabgabe im Wahlbüro anschaulich erklären und zum anderen einen musterhaften Wahlbogen darstellen.

TIPOS DE VOTOS Y CÉDULAS

VOTO VÁLIDO

Cuando la cruz (+) o el aspa (X) se encuentra dentro del recuadro.

VOTO EN BLANCO

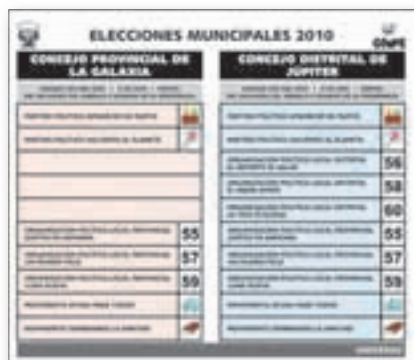
Cuando no hay ninguna marca.

VOTO NULO

Cuando no cumple con las características del voto válido.



Cédula de Sufragio Regional



Cédula de Sufragio Municipal
(Provincial - Distrital)



Cédula de Sufragio
del Referéndum

- **Voto obligatorio** para los ciudadanos peruanos con derechos vigentes.
- **Voto facultativo** para los mayores de 70 años.
- Si el ciudadano no asiste a votar, paga una multa de acuerdo con la escala fijada por la Ley 28859.
- Si el elector no puede firmar, debe poner su huella digital en lugar de su firma.
- La persona con discapacidad, a su solicitud, puede ingresar a la cámara secreta acompañada por alguien de su confianza.

© ONPE Jr. Washington 1894 - Lima Perú. Telf. 417- 0630 www.onpe.gob.pe Depósito Legal N.º 2010 - 10582 Imprenta World Color Perú S.A. agosto 2010.

ELECCIONES REGIONALES 2010
ELECCIONES MUNICIPALES 2010
REFERÉNDUM 2010

Domingo, 3 de octubre de 2010

CARTILLA del Elector

REGIONAL
MUNICIPAL (PROVINCIAL-DISTRITAL)
REFERÉNDUM



¿Qué son las Elecciones Regionales?

Es el proceso electoral en el que elegimos a las autoridades de los Gobiernos Regionales. Se realizan cada cuatro años. Las autoridades que se elegirán son:

- a. El Presidente y el Vicepresidente.
- b. Los miembros del Consejo Regional, que se denominan "Consejeros".

No se realizan Elecciones Regionales en Lima Metropolitana, pero sí en las provincias del departamento de Lima.

¿Qué son las Elecciones Municipales?

Es el proceso electoral en el que elegimos a los Alcaldes y Regidores de los Concejos Municipales Provinciales y Distritales. Se realizan cada cuatro años.

¿Qué es el Referéndum?

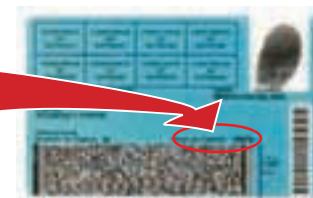
Es el derecho de participación de los ciudadanos de pronunciarse, conforme a la Constitución, en los temas normativos que se les consultan.

En esta ocasión, los ciudadanos peruanos, a través del Referéndum, decidirán la aprobación o desaprobación del "Proyecto de Ley Devolución de Dinero del FONAVI a los Trabajadores que contribuyeron al mismo".

Lea el Proyecto de Ley en: www.onpe.gob.pe

Los siete pasos del Elector

Antes de ir a votar, ubica su mesa de acuerdo con el grupo de votación que aparece en su DNI.



1 Presenta su DNI al Presidente de la mesa de votación.



2 Recibe las tres cédulas de votación firmadas por el Presidente de Mesa.



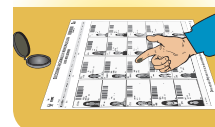
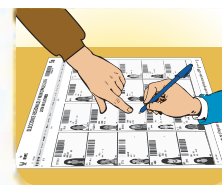
3 Ingresa sin compañía a la cámara secreta para emitir su voto, salvo que sea una persona con discapacidad.



4 Regresa a la mesa de votación, cierra las cédulas y las deposita en las ánforas correspondientes.



5 Firma en la Lista de Electores y coloca su huella digital del dedo índice de la mano derecha.



6 Introduce el dedo medio de la mano derecha en la tinta indeleble.



7 Verifica que el Miembro de Mesa haya pegado el holograma en el DNI.



PARA RECORDAR:

Las elecciones se llevarán a cabo el **3 de octubre**, desde las 8 de la mañana hasta las 4 de la tarde.



ELECCIONES REGIONALES 2010 ELECCIONES MUNICIPALES 2010 REFERÉNDUM 2010

**ELECCIONES PARA EL GOBIERNO REGIONAL
LA CONSTELACIÓN** **ONPE**

PRESIDENTE Y VICEPRESIDENTE REGIONAL

MARQUE CON UNA CRUZ (+) O UN ASPA (x) DENTRO DEL RECUADRO DEL SÍMBOLO Y/O FOTOGRAFÍA DE SU PREFERENCIA

ALIANZA ELECTORAL CIUDADANOS DECIDIDOS Y VALIENTES	
PARTIDO POLÍTICO PAZ Y AMOR	
PARTIDO POLÍTICO SALVEMOS AL PLANETA	
PARTIDO POLÍTICO FELICES POR SIEMPRE	
PARTIDO POLÍTICO LOS CAMPEONES	
MOVIMIENTO EL FUTURO NOS LLAMA	
MOVIMIENTO AYUDA PARA TODOS	
MOVIMIENTO CONTIGO EN LA DISTANCIA	
MOVIMIENTO LA EDUCACIÓN ES PROGRESO	
MOVIMIENTO SEMBRANDO LA AMISTAD	

**CONSEJERO REGIONAL
PROVINCIA DE LA GALAXIA**

MARQUE CON UNA CRUZ (+) O UN ASPA (x) DENTRO DEL RECUADRO DEL SÍMBOLO DE SU PREFERENCIA

ALIANZA ELECTORAL CIUDADANOS DECIDIDOS Y VALIENTES	
PARTIDO POLÍTICO PAZ Y AMOR	
PARTIDO POLÍTICO SALVEMOS AL PLANETA	
PARTIDO POLÍTICO FELICES POR SIEMPRE	
PARTIDO POLÍTICO LOS CAMPEONES	
MOVIMIENTO EL FUTURO NOS LLAMA	
MOVIMIENTO AYUDA PARA TODOS	
MOVIMIENTO CONTIGO EN LA DISTANCIA	
MOVIMIENTO LA EDUCACIÓN ES PROGRESO	
MOVIMIENTO SEMBRANDO LA AMISTAD	

Cédula de Sufragio Regional

En la Cédula Regional, marque con una cruz (+) o un aspa (x) dentro del recuadro del símbolo y/o fotografía de la organización política de su preferencia.

REFERÉNDUM 2010 **ONPE**

CÉDULA DE SUFRAGIO

MARQUE CON UNA CRUZ (+) O UN ASPA (x) DENTRO DEL RECUADRO DEL SÍ O DEL NO

¿Aprueba el "Proyecto de Ley Devolución de dinero del FONAVI a los Trabajadores que contribuyeron al mismo"?

SI NO

SOLO PARA CAPACITACIÓN

Cédula de Sufragio del Referéndum

En la Cédula del Referéndum, marque con una cruz (+) o un aspa (x) dentro del recuadro de la opción de su preferencia.

Domingo, 3 de octubre

¿Cómo votar?

ELECCIONES MUNICIPALES 2010 **ONPE**

CONCEJO PROVINCIAL DE LA GALAXIA

MARQUE CON UNA CRUZ (+) O UN ASPA (x) DENTRO DEL RECUADRO DEL SÍMBOLO O NÚMERO DE SU PREFERENCIA

PARTIDO POLÍTICO AMANECER DE NUEVO	
PARTIDO POLÍTICO SALVEMOS AL PLANETA	
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL PROVINCIAL JUNTOS EN ARMONÍA	55
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL PROVINCIAL UN MUNDO FELIZ	57
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL PROVINCIAL LUNA NUEVA	59
MOVIMIENTO AYUDA PARA TODOS	
MOVIMIENTO SEMBRANDO LA AMISTAD	

CONCEJO DISTRITAL DE JUPITER

MARQUE CON UNA CRUZ (+) O UN ASPA (x) DENTRO DEL RECUADRO DEL SÍMBOLO O NÚMERO DE SU PREFERENCIA

PARTIDO POLÍTICO AMANECER DE NUEVO	
PARTIDO POLÍTICO SALVEMOS AL PLANETA	
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL DISTRITAL EL DEPORTE ES SALUD	56
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL DISTRITAL EL MEJOR AMIGO	58
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL DISTRITAL LA VIDA ES BUENA	60
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL PROVINCIAL JUNTOS EN ARMONÍA	55
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL PROVINCIAL UN MUNDO FELIZ	57
ORGANIZACIÓN POLÍTICA LOCAL PROVINCIAL LUNA NUEVA	59
MOVIMIENTO AYUDA PARA TODOS	
MOVIMIENTO SEMBRANDO LA AMISTAD	

UNIVERSO

Cédula de Sufragio Municipal (Provincial - Distrital)

En la Cédula Municipal, marque con una cruz (+) o un aspa (x) dentro del recuadro del símbolo o número de la organización política de su preferencia.